



Foto: Tatjana Schmalzger

Der Landesausschuss liess sich von Gesundheitsminister Pedrazzini informieren: Herbert Elkuch (DU), Wolfgang Marxer (FL), Christine Wohlwend (FBP), Landtagspräsident Albert Frick und Christoph Wenaweser (VU) (v.l.).

OKP: Regierung plant Anpassung

Nach einer Sitzung des Landesausschusses wird die Regierung aktiv. Text: Michael Winkler

Der Konflikt zwischen Regierung, Krankenkassenverband und Ärztekammer zieht sich vom alten ins neue Jahr nahtlos weiter. Allerdings zeichnet sich nun Bewegung ab: Die Regierung liess – nachdem der Landesausschuss von ihr forderte, Massnahmen zur flächendeckenden Einführung des Schweizerischen Tarmed zu ergreifen – verlauten, dass sie dabei ist, Gesetzesanpassungen vorzunehmen, um den Streit möglichst bald beizulegen.

Das Ministerium für Gesellschaft habe in den letzten Tagen intensive Abklärungen vorgenommen und bereite eine Gesetzesanpassung vor, mit der die aktuell unbefriedigende Situation bei der Abrechnung ärztlicher Leistungen gelöst werden soll. «Unabhängig davon, ob sich ein Arzt nun innerhalb oder ausserhalb der OKP befindet, sollen die abgeänderten gesetzlichen Bestimmungen eine flächendeckende Rechnungsstellung in Tarmed sicherstellen», heisst es in einer Medienmitteilung des Ministeriums für Gesundheit. Eine rückwirkende Anerkennung sei in der Vergangenheit stets der Fall gewesen, sodass Probleme und Fragen zum anwendbaren Tarif bei der Vergütung durch die Krankenkassen bisher ausgeschlossen waren. «Zudem wird eine Verordnungsanpassung vorbereitet, welche mit sofortiger Wirkung die Rechnungsstellung in

Tarmed sicherstellen soll, unabhängig von der Rechtsansicht der beteiligten Parteien.» Damit soll eine gesetzeskonforme Abgeltung der Leistungen durch die Krankenkasse gewährleistet werden, ohne dass der Patient befürchten müsse, dass eine Kostendifferenz zu seinen Lasten verbleibt. Bezüglich der Verordnung zum Krankenversicherungsgesetz (KVV) bestünden Unklarheiten bei Ärzten. «Offenbar wurden falsche oder veraltete Informationen über die KVV in der Ärzteschaft in Umlauf gebracht.» Ein paar Stunden später bekräftigte Regierungschef Adrian Hasler per Medienmitteilung nochmal dieses Ansinnen.

Ärzte verweigerten Beitritt zum neuen KVG und Tarmed

Ausgangspunkt des Streits war die Ankündigung der Liechtensteinischen Ärztekammer, dass sie den Beitritt zum reformierten Krankenversicherungsgesetz nicht vollziehen wolle, weil die Verordnung des Ministeriums die Kompetenz der Ärzte zu stark beschneide und die Ärzte praktisch zu Staatsangestellten mache. Kinderarzt Thomas Frick (Triesenberg) und der Facharzt für Innere Medizin/Rheumatologie, Christoph Ackermann (Triesen), sind aktuell die einzigen beiden Ärzte, welche laut dem Mitgliederverzeichnis noch innerhalb der OKP tätig sind.



Thomas Banzer
Parteipräsident FBP

Die Schaffung von Rahmenbedingungen, damit wir auch in Zukunft abgesichert älter werden können, wird uns mit Sicherheit genauso beschäftigen wie der zunehmende Verkehr und die medizinische Grundversorgung. Auf der Hand liegt, dass auch Familie und Beruf, bzw. die Vereinbarkeit und die Schaffung von Wahlmöglichkeiten für die einzelnen Familien, ein grosses Thema in diesem Jahr und über die gesamte Legislatur sein wird.

Wir werden nicht umhinkommen, diese und auch andere grosse und komplexe Themenbereiche zeitnah, also noch in diesem Jahr, anzugehen und erste Akzente zu setzen.

Im Dezember 2016 haben wir ein Programm mit 10 verschiedenen Themenblöcken vorgestellt, welches durch unsere Kandidatinnen und Kandidaten erarbeitet wurde. Gemeinsam haben wir in jedem dieser Themenbereiche Herausforderungen identifiziert und dazu passend Handlungsfelder abgeleitet. Das ist unsere Richtschnur für die gesamte vor uns liegende Legislaturperiode. Daran werden wir uns halten und am Ende messen lassen.

Ausschlaggebend für unsere Gestaltungsmöglichkeiten werden die Landtagswahlen am 5. Februar sein. Unser Team steht für dieses Programm und wird die kommenden vier Jahre alles daran setzen, um die beschriebenen Herausforderungen anzugehen und Lösungen im Sinne der gesamten Bevölkerung zu erarbeiten.